

## Offene Fragen der Geschichte Band 4

### Chronik von 1900 bis 1933

Kampf um die Weltherrschaft,  
Erster Weltkrieg,  
Versailler Friedensverhandlungen,  
Gründung der Weimarer Republik,  
Gründung der UdSSR,  
Faschismus,  
Nationalismus und Diktaturen,  
Weltwirtschaftskrise,  
Hitlers Machtübernahme,  
NS-Terrorismus ...

### Band 4/012

### Chronik vom 10. Januar 1920 bis Januar 1921

#### 1920

Wer sich auf das Schlimmste gefaßt macht, überwindet die Angst davor und kann wieder klar denken.

*Andrew Carnegie (1835-1919, nordamerikanischer Unternehmer)*

#### 10.01.1920

**Frankreich:** Der Vertrag von Versailles tritt am 10. Januar 1920, um 4.15 Uhr, in Kraft, obwohl sich die Siegermacht USA weiterhin weigert, den Vertrag zu unterzeichnen. Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld muß das Deutsche Reich riesige Wiedergutmachungsleistungen erbringen (x061/411).

#### 14.01.1920

**Deutsches Reich:** Die deutsche Reichsregierung verhängt am 14. Januar 1920 den Belagerungszustand im gesamten Reich und verbietet die KPD- und USPD-Zeitungen.

#### 16.01.1920

**Deutsches Reich:** Graf Arco (rechtsradikaler Mörder des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner) wird am 16. Januar 1920 zum Tod verurteilt, später jedoch zu lebenslänglicher Haft begnadigt.

**USA:** Die US-Regierung verbietet am 16. Januar 1920 die Herstellung, Vertrieb und Konsum von alkoholhaltigen Getränken mit mehr als 0,5 % Alkoholgehalt.

In den Zeiten der Prohibition (1920-1933) wird massenhaft illegal gebrannt, gebraut, geschmuggelt und heimlich getrunken. Schon bald entstehen gefährliche Verbrecherorganisationen.

#### 19.01.1920

**Palästina:** Die Briten übernehmen wegen der ständigen arabisch-jüdischen Unruhen am 19. Januar 1920 die Regierungsgewalt in Palästina. Die im Jahre 1917 vereinbarte Balfour-Deklaration wird jedoch nicht verwirklicht.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Palästina" (x051/435): >>Palästina, seit 1920 britisches Mandatsgebiet im Nahen Osten, gebildet aus den bis dahin türkischen Verwaltungsbezirken Akko, Nablus und Jerusalem mit 26.300 qkm und 647.500 Ein-

wohnern (1919).

Palästina sollte nach der Balfour-Deklaration (1917) den Juden eine "Heimstätte" bieten und wurde daher zum Ziel einer ständigen jüdischen Einwanderungswelle, die mit der einsetzenden nationalsozialistischen Judenverfolgung weiter answoll.

Machten die Juden 1919 nur etwa 10 % der Bevölkerung aus, so stellten sie 1948 bereits ein Drittel. Gegen diese Tendenz kam es immer wieder schon seit 1920 zu arabischen Aufständen und terroristischer Gegenwehr. Weder die Abtrennung Transjordanien als rein arabisches Gebiet von Palästina noch Einschränkungen für jüdische Einwanderung und Bodenkäufe brachten Ruhe in das Land.

Im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges aber brauchte Großbritannien diese Ruhe und verordnete die Begrenzung der jüdischen Neusiedler auf 10.000 jährlich und insgesamt 75.000, von denen die 1933-39 bereits eingewanderten 33.339 Juden aus dem Deutschen Reich abgezogen wurden.

Der arabische Widerstand ging dennoch weiter und führte zur Bildung des jüdischen Schutzbundes Haganah und zu Gegenterror. Von den verfolgten europäischen Juden konnten sich bei unverminderter britischer Haltung gegen weitere Einwanderung nur wenige nach Palästina retten. Vielen erging es wie den Passagieren der "Struma".

Erst als das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Endlösung bei Kriegsende offenbar wurde, öffneten sich die Grenzen von Palästina den Überlebenden. Trotz jüdischer Staatsbildung in Palästina blieb die Region ein Krisenherd der Weltpolitik.<<

### **31.01.1920**

**Deutsches Reich:** Carl von Ossietzky schreibt am 31. Januar 1920 in der Berliner Volks-Zeitung (x034/87): >>Während die Linksparteien mit deutscher Gründlichkeit ihre Zwiste austragen, macht die Rechte klar zum Gefecht. ...

Die Republik muß weise sein. Vom scharfen Instrument des Ausnahmezustandes mache sie niemals ohne letzte Not Gebrauch. ...

Die Maßlosigkeit der linksradikalen Opposition ist die beste Helferin der von rechts ausrückenden Reaktion.<<

### **Januar 1920**

**Deutsches Reich:** Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1920 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 93,5 % (x149/42).

### **19.02.1920**

**CSR:** Die deutsche Universität, die seit 1348 Eigentümerin der Prager Universität ist, wird am 19. Februar 1920 enteignet.

Die tschechoslowakische Regierung beschließt außerdem ein Sprachengesetz (alle Staatsbeamten müssen die tschechoslowakische Sprache beherrschen). Bis 1930 verlieren 30.293 deutsche Beamte ihren Arbeitsplatz (x206/27).

### **24.02.1920**

**Deutsches Reich:** Die DAP wird am 24. Februar 1920 in München in NSDAP umbenannt. Hitler zählt bereits zu den unentbehrlichen Organisatoren und führenden Propagandarednern der DAP bzw. NSDAP. In Österreich gibt es schon seit Mai 1918 eine Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Parteisymbol = Hakenkreuz).

**Bei einer Großveranstaltung in München stellt Hitler am 24. Februar 1920 das 25 Punkte-Parteiprogramm der NSDAP vor (x128/150-151):**

>>1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung

unseres Bevölkerungsüberschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden gesetzgebung stehen. ...

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden. ...

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, Brechung der Zinsknechtschaft.

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferung an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht. ...

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:

a. sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,

b. nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,

c. jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird, und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich. - Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst und Literaturrechtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. - Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen. - Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten. - Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über den Volksgenossen (x051/611): >>Volksgenosse, (auch: -genossin), im Dritten Reich in der nationalsozialistischen Propaganda, in Reden, in Appellen und Gesetzen ständig gebrauchte Anrede, durch die Gemeinschaftsgefühle betont und soziale wie Standesunterschiede aufgehoben werden sollten.

Sprachgeschichtlich wurde Volksgenosse zunächst nur im Sinne von Landsmann, Bürger des gleichen Landes, gebraucht. Im Ersten Weltkrieg sollte dann die Bezeichnung Volksgenosse den gemeinsamen Einsatz für das Vaterland betonen: "In diesem Kriege ... stehen Millionen Volksgenossen im Felde" (Wilhelm II., 1917).

Von völkisch-nationalen Kreisen wurde seit Anfang des 20. Jahrhunderts "Volksgenosse" als rassistischer, positiver Begriff gegen "fremd- und andersvölkische Menschen" gesetzt. Diese völkische Bedeutung zusammen mit einer revolutionär-sozialistischen (durch die in der Arbeiterbewegung und den Arbeiterparteien übliche Praxis der gegenseitigen Anrede mit "Genosse") lag für die Nationalsozialisten v.a. im Wort Volksgenosse: "Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein" (Punkt 4 des Parteiprogramms vom 24.2.20).

Durch den übermäßig häufigen Gebrauch des Worts verlor sich jedoch allmählich die politisch-ideologische Bedeutung, so daß Volksgenosse zu einer der typischen Leerformeln des Dritten Reiches wurde.<<

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über die "Volksgemeinschaft" (x051/611): >>Volksgemeinschaft, offizielle Bezeichnung der Nationalsozialisten für das von ihnen propagierte Gesellschaftsmodell: "Über Klassen und Stände, Berufe, Konfessionen und alle übrige Wirnis des Lebens hinweg erhebt sich die soziale Einheit der deutschen Menschen ohne Ansehung des Standes und der Herkunft, im Blute fundiert, durch ein tausendjähriges Leben zusammengefügt, durch das Schicksal auf Gedeih und Verderb verbunden" (Hitler 1940).

Auf der Grundlage einer in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges erfahrenen Frontgemeinschaft wurde eine ebenso verklärte Volksgemeinschaft als Lösung für die politischen und wirtschaftlichen Interessengegensätze in der Weimarer Republik und als Überwindung des Klassenkampfes angeboten.

Mit ihrem Konzept der Volksgemeinschaft als der "Gemeinschaft aller Volksgenossen" wollten die Nationalsozialisten in der Masse der Bevölkerung die Bereitschaft fördern, für übergeordnete Ideale, die Ziele der nationalsozialistischen Politik Opfer zu bringen und sich den Forderungen des Staates als Gemeinschaft anzupassen; die Grundstrukturen der bürgerlichen Gesellschaft, die wirtschaftlichen Interessengegensätze, blieben unberührt: "Wir sind keine Gleichmacher und Menschheitsanbeter ... Wir wollen Schichtung des Volkes, hoch und niedrig, oben und unten" (Goebbels 1928).<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (x051/407-408): >>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), Staatspartei in der nationalsozialistischen Diktatur.

Am 5.1.19 gründeten Drexler und K. Harrer in München die Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Am 24.2.20 wurde sie in NSDAP unbenannt. Am 29.7.21 wählte sie Hitler, der sich ihr im September 19 angeschlossen hatte, zu ihrem mit fast unbeschränkten Vollmachten ausgestat-

teten Vorsitzenden (u.a. Recht zur Ernennung aller Parteifunktionäre).

Nach dem von ihr (mit-)getragenen Hitlerputsch (8./9.11.23) wurde die NSDAP verboten, bestand aber in Form der "Großdeutschen Volksgemeinschaft" und der "Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands" weiter und wurde am 27.2.25 neu gegründet.

Parteiemblem der NSDAP war ab Frühjahr 20 das Hakenkreuz, ihr Organ ab Dezember 20 der "Völkische Beobachter".

Die NSDAP war eine rechtsradikale Partei mit einer im "25-Punkte-Programm" (Parteiprogramm) vom 24.2.20 enthaltenen nationalistischen und großdeutschen, imperialistischen und militaristischen, völkischen und antisemitischen, antiliberalen und antiparlamentarischen, mittelständischen und antikapitalistischen Programmatik (Nationalsozialismus). In gewollter Abgrenzung von den "Systemparteien" der Weimarer Republik verstand sich die NSDAP als Partei "neuen Typs", "Sammlungspartei" und "Bewegung".

Ihre Struktur und Organisation war antidemokratisch, zentralistisch und autoritär, ganz ausgerichtet auf den (ab 1922 so bezeichneten) "Führer" Hitler (Führerprinzip).

Oberstes Organ der Partei war die Reichsleitung mit dem Führer und der Kanzlei des Führers bzw. (ab 1941) der Parteikanzlei an der Spitze und den einzelnen Reichsleitern: dem Stellvertreter des Führers (1925-32 G. Strasser, 1933-41 Heß) bzw. (ab 1941) dem Sekretär des Führers (Bormann), dem Reichspropagandaleiter, dem Reichsschatzmeister, dem Reichspressechef u.a.

Als Hauptämter bestanden die Reichsorganisationsleitung, die Reichspropagandaleitung (ab 1929 unter Goebbels), das Außenpolitische Amt (unter Rosenberg), das Kolonialpolitische Amt, die Reichsleitung für die Presse (unter Amann) sowie von 1931 an die Auslandsabteilung der NSDAP.

Regional war die NSDAP in Gaue (1935: 35, 1940: 41), Kreise, Ortsgruppen, Zellen und Blocks gegliedert; ihre Leiter (Gau-, Kreis-, Ortsgruppen-, Zellenleiter und Blockwarte) bildeten zusammen das "Korps der Politischen Leiter". Angeschlossen waren der Partei die paramilitärischen Verbände der Sturmabteilung (SA), der Schutzstaffel (SS), des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK), die Hitler-Jugend (HJ) und die Nationalsozialistische Frauenschaft (NSF) sowie zahlreiche berufsständische Organisationen; die Deutsche Arbeitsfront (DAF) galt als "betreute Organisation".

Nach ihrer Mitgliederstruktur war die NSDAP eine mittelständische, (klein-)bürgerliche Partei, in der Angestellte, Selbständige (Handwerker, Gewerbetreibende) und Beamte überproportional vertreten waren.

In den 20er Jahren war die NSDAP, trotz steigender Mitgliederzahlen (1922: 6.000, 1923: 55.000), eine politisch unbedeutende Splitterpartei: Bei den Reichstagswahlen 1924 erhielt die "Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" nur 3,0 %, 1928 die NSDAP nur 2,6 % der Stimmen. Erst in der Endphase der Republik erwies sich Hitlers Legalitätstaktik (Erringung der Macht nicht durch Revolution oder Putsch, sondern auf legalem, parlamentarischem Weg), mit der er sich gegen seine "linke" innerparteiliche Opposition (um die Brüder O. und G. Strasser) durchsetzte, als wirkungsvoll:

Bei den Reichstagswahlen vom 14.9.30 erhielt die NSDAP 6,4 Millionen (= 18,3 %) Stimmen und 107 Sitze, am 31.7.32 schon 13,8 Millionen (= 37,4 %) und 230 Sitze, war damit die mit Abstand stärkste deutsche Partei und blieb dies, trotz Stimmverlusten bei den Wahlen vom 17.11.32 (11,7 Millionen = 33,1 % und 196 Sitze).

Schon im Januar 30 war Frick als erster Nationalsozialist Mitglied einer Landesregierung (in Thüringen) geworden. Im Mai 1932 hatte die NSDAP erstmals bei einer Landtagswahl (in Oldenburg) die absolute Mehrheit errungen.

Gleichzeitig stieg auch die Zahl ihrer Mitglieder: von rund 400.000 (1930) über rund 800.000

(1931) auf knapp eine Million (Januar 33). Diese Erfolge hatte die NSDAP weniger ihrer Programmatik zu verdanken (v.a. ihre antikapitalistischen Programmpunkte gerieten völlig in den Hintergrund) als – nebst den Schwächen und Fehlern ihrer politischen Gegner – ihrer massenpsychologisch äußerst geschickten und wirkungsvollen Propaganda, dem die politischen Gegner einschüchternden Terror der SA und nicht zuletzt ihrem Bündnis mit der "nationalen" Rechten (Harzburger Front). ...<<

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über das "Hakenkreuz" (x051/234-235): >>Hakenkreuz, offizielles Symbol der NSDAP und des nationalsozialistischen Deutschlands.

In Europa ist das Hakenkreuz seit dem 4. vorchristlichen Jahrtausend nachgewiesen; als Swastika (altindisch für heilbringendes Zeichen) und in leicht abgewandelten Formen taucht das gleichschenklige Kreuz mit vier gleichgerichteten, abgerundeten, recht- oder spitzwinkligen Armen häufig in asiatischen, seltener in afrikanischen oder mittelamerikanischen Kulturen auf. Das Hakenkreuz läßt sich meist als Sonnenrad deuten und gilt heute noch in Indien und Japan als "glückverheißendes und unheilabwehrendes" Sonnensymbol.

Für die germanische Überlieferung kann man im Hakenkreuz ("fyrfos": Vierfuß) auch Thors Hammer oder eine doppelte Wolfsangel finden; in der germanischen Volkskunst erhielt sich das Hakenkreuz nach der Christianisierung als dekoratives Element.

Im Zuge deutschtümelnder Rückbesinnung entdeckten nationalistische Kreise um den Turnvater Jahn das Hakenkreuz im 19. Jahrhundert neu und nutzten es als Symbol ihres "Bekenntnisses zum deutschen Volkstum"; Ende des 19. Jahrhunderts wurde es offiziell Zeichen des "Deutschen Turnerbundes". Als es später von Wandervogel und Freikorpsverbänden übernommen wurde, bekam das Hakenkreuz einen eindeutig völkischen, antisemitischen Charakter. Mit dem in diesem Sinn genutzten Symbol ist Hitler vor allem durch die Zeitschrift "Ostara" und den Gebrauch in den Insignien der Thulegesellschaft vertraut geworden.

Auf der Suche nach einem Symbol "von großer plakutmäßiger Wirkung" entschied sich Hitler für das Hakenkreuz und konzipierte selbst die Hakenkreuzfahne: "Im Rot sehen wir den sozialen Gedanken der Bewegung, im Weiß den nationalistischen, im Hakenkreuz die Mission des Kampfes für den Sieg des arischen Menschen und ... Sieg des Gedankens der schaffenden Arbeit, die selbst ewig antisemitisch war und antisemitisch sein wird."

Auf der Salzburger Tagung vom 7.8.20 wurde die Hakenkreuzfahne zum offiziellen Banner der NSDAP, 1933 neben der schwarzweißroten Fahne zur Reichsflagge, am 15.9.35 zur alleinigen Nationalflagge (Reichsflaggengesetz) erklärt.

Die Nationalsozialisten hatten das Hakenkreuzsymbol stilisiert und vereinheitlicht, alle Untergliederungen übernahmen es in ihre Insignien. Die Hakenkreuzfahne wurde zum wichtigen Propagandamittel: Bei Aufmärschen in der Kampfzeit war sie Ausdruck von Elitebewußtsein und Zusammenhalt, bei späteren Massenaufmärschen trugen Fahnenmeere durch eine "Überschwemmung der Sinne" zur Ausschaltung des Denkens bei.

Insgesamt wurde das Hakenkreuz nach 1933 zum Objekt eines "religionsähnlichen Symbolkultes". Den Grad der kultischen Fahnenverehrung drückt am deutlichsten von Schirachs HJ-Lied "Unsre Fahne flattert uns voran" aus: "... die Fahne ist mehr als der Tod".

Nach 1945 wurde von den Alliierten der Gebrauch von Hakenkreuzen und anderen nationalsozialistischen Zeichen und Symbolen verboten. Faschistische Organisationen in aller Welt haben das Hakenkreuz in den 30er und 40er Jahren als Symbol übernommen. Noch heute benutzen es Antisemiten als internationales Erkennungszeichen.<<

Die deutsche Historikerin Sibylle Obenaus schreibt später über die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" (x051/609): >>Völkischer Beobachter (VB), Ende 1920 erworbenes, ab Februar 23 täglich im Eher-Verlag erscheinendes Zentralorgan der NSDAP, ab 1921 mit dem Untertitel: "Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands".

Auch in seiner äußeren Aufmachung als politisches Massenblatt konzipiert (übergroßes For-

mat, Schwarz-Rot-Druck, Illustrationen), stellte der "Völkische Beobachter" in der Kampfzeit neben den Versammlungen das wichtigste Propagandamittel zur Verbreitung der nationalsozialistischen Ideologie dar.

Innerparteilich galt er als "Bindeglied zwischen Führer und Gefolgschaft". Verlagsdirektor ab 1922 Max Amann, Hauptschriftleiter ab Juli/August 21 Dietrich Eckart, ab März 23 Alfred Rosenberg. Feste Mitarbeiter wurden Journalisten der Völkischen Bewegung sowie Nicht-Fachleute aus dem engeren Kreis um Hitler.

Verbot des "Völkischen Beobachters" nach dem Hitlerputsch, Februar 25 neu gegründet. Hitler selbst zeichnete bis zum 30.4.33 als Herausgeber. Auflage 1925: 4.000, 1932: 126.000. Ab Februar 27 gab es neben der Bayern- eine Reichsausgabe, ab März 30 ein Jahr lang eine Berlin-Ausgabe. 1933 wurde in Berlin eine eigene Redaktion und Druckerei errichtet, dort erschien die Norddeutsche Ausgabe.

Mit dem 30.1.33 wurde der "Völkische Beobachter" quasi Regierungsorgan, seine Artikel besaßen offiziellen Charakter. Zur Betonung des universellen Anspruchs erschienen v.a. 1933-38 zahlreiche Beilagen wie "Die deutsche Frau", "Der Filmbeobachter" u.a. Hauptschriftleiter wurde 1938 Wilhelm Weiß. Nach dem Anschluß Österreichs wurde 1938 eine Filiale in Wien errichtet.

1941 wurde in München eine VB-Feldpostausgabe gedruckt. Druckauflage (erheblich höher als die Verkaufsausgabe) 1938: 600.000 (410.000 Berlin/Norddeutsche Ausgabe, 150.000 München, 40.000 Wien), 1944: 1,7 Millionen. Letzte Nummer der Norddeutschen Ausgabe: 27.4.45; der Süddeutschen Ausgabe: 30.4.45.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schreibt später über den "Nationalsozialismus" (x051/403-405):  
>>Nationalsozialismus, der Begriff Nationalsozialismus meint sowohl die Ideologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) als auch ihr Herrschaftssystem in Deutschland 1933-45.

Das Wort stammt aus (dem damals zu Österreich gehörenden) Böhmen; dort hatten sich 1904 mehrere politische Vereinigungen mit zugleich deutsch-nationaler und sozialistischer Programmatik zur "Deutschen Arbeiterpartei" zusammengeschlossen, die sich im Mai 18 in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei" umbenannte.

Von ihr übernahm die am 5.1.19 in München gegründete Deutsche Arbeiterpartei ihre Partei-symbole (u.a. Hakenkreuz) und ihren Namen: Ab dem 24.2.20 nannte sie sich NSDAP. In der Bezeichnung Nationalsozialismus kommt der Anspruch zum Ausdruck, eine Synthese der beiden bestimmenden Ideologien und politischen Kräfte des 19. Jahrhunderts, des Nationalismus und des Sozialismus, verwirklichen zu können.

Der Nationalsozialismus ist eine Form des Faschismus. Wie andere faschistische Organisationen in Europa begriff sich auch die NSDAP nicht als politische Partei im herkömmlichen Sinn, sondern als eine neue soziale und politische "Bewegung". Und wie jene fand sie ihre gesellschaftliche Basis v.a. im mittelständischen Kleinbürgertum: Dieses war durch die Industrialisierung und deren gerade nach Ende des Ersten Weltkrieges negativ deutlich gewordenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen sozial verunsichert und ökonomisch in ihrer Existenz gefährdet.

Dazu durch den Sturz der Monarchie ihrer traditionellen politischen Bindung beraubt, sah dieses Kleinbürgertum im Nationalismus eine neue politische Heimat.

Denn wie der gesamte Faschismus war auch der Nationalsozialismus eine antimodernistische Protestbewegung: gegen die Repräsentative Demokratie und ihre politischen Institutionen (Parteien, Parlamente, Bürokratien), gegen die moderne Gesellschaft und ihre pluralistische Struktur, gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine großindustrielle Produktionsweise und gegen die Ideologie des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus; in Deutschland darüber hinaus gegen die Niederlage des Deutschen Reiches im Weltkrieg, das Ende ei-

ner europäischen Großmachtstellung und Weltmachtpläne und den als "nationale Schande" empfundenen Versailler Vertrag.

Anders als der Kommunismus, die andere große antidemokratische Bewegung des 20. Jahrhunderts, vermochte der Faschismus aber keine geschlossene, in sich folgerichtige Ideologie zu entwickeln.

Auch die "Ideologie" des Nationalsozialismus besteht vielmehr aus einem Konglomerat weltanschaulicher Überzeugungen, sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vorstellungen und Forderungen, die zum Großteil im Irrationalismus des 19. Jahrhunderts wurzeln, wie das Anknüpfen an vordemokratische, autoritäre Staats- und Gesellschaftstheorien ebenso zeigt wie das Aufgreifen irrationaler Mythen (z.B. von der weltweiten "Verschwörung" des Judentums), der Gebrauch mythischer Symbole (z.B. des Hakenkreuzes) und die Entfaltung pseudo-religiöser Rituale (etwa auf Parteitag) und Kulte.

Die gemeinhin als seine "Ideologie" bezeichnete politische Programmatik des Nationalsozialismus, die teilweise schon im "25-Punkte-Programm" der NSDAP vom 24.2.20 (Parteiprogramm), v.a. aber in zahlreichen nationalsozialistischen Schriften, insbesondere in Hitlers "Mein Kampf" (1925), enthalten ist, weist folgende Bestandteile auf:

1) Antiliberalismus und Antiparlamentarismus: Auf der Grundlage ihrer Gegnerschaft gegen die liberale parlamentarische Demokratie opponierte die NSDAP prinzipiell gegen die Ergebnisse der Novemberrevolution und die angeblich für diese Verantwortlichen (die "Novemberverbrecher"), gegen die Weimarer Republik (die "Novemberdemokratie"), ihr parlamentarisches "System" und ihre politischen Institutionen, v.a. die "Systemparteien".

Der Kampf der NSDAP gegen den "Irrsinn der Demokratie" (Hitler 1928) schloß freilich nicht aus, daß sie sich nach dem gescheiterten Hitlerputsch von 1923 der politischen Verfahren der parlamentarischen Demokratie bediente (sogenannte Legalitätstaktik). "Die nationalsozialistische Bewegung ist antiparlamentarisch, und selbst ihre Beteiligung an einer parlamentarischen Institution kann nur den Sinn einer Tätigkeit zu deren Zertrümmerung besitzen" ("Mein Kampf").

Der Antiliberalismus des Nationalsozialismus richtete sich auch gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem; doch spielte die antikapitalistische, v.a. gegen die Großindustrie gerichtete Programmatik der NSDAP, die im Parteiprogramm von 1920 noch erheblichen Raum einnahm, spätestens ab 1926, als sich Hitler gegen die "Linke" der Partei (um die Brüder Otto und Gregor Strasser) durchsetzte, in ihrer politischen Praxis keine Rolle mehr; sie hinderte weder Teile der Industrie daran, die NSDAP schon vor 1933 finanziell zu unterstützen, noch stand sie nach 1933 einer engen Zusammenarbeit zwischen der nationalsozialistischen Diktatur und der Großindustrie, v.a. der Produktionsmittel- und der Rüstungsindustrie, und deren Privilegierung im Weg.

Den Anspruch, eine zugleich nationale und sozialistische Politik zu betreiben, hat der Nationalsozialismus zu keiner Zeit verwirklicht. -

2) Antikommunismus und Antisozialismus: Von Anfang an war die Programmatik und noch mehr die Propaganda des Nationalsozialismus von einem aggressiven Antikommunismus und Antisozialismus geprägt, der sich sowohl gegen die KPD, die SPD und die Gewerkschaften richtete, als auch gegen die Sowjetunion und den von ihr geführten Bolschewismus und "Weltkommunismus". Doch ordnete die NSDAP das Ziel der "Vernichtung des Marxismus" (Hitler in einem Aufruf am 10.3.33) ihren politischen Hauptzielen unter: Zur Zerstörung der Republik arbeitete sie vor 1933 zeitweilig auch mit der KPD zusammen; zur Vorbereitung eines Eroberungskrieges schloß die nationalsozialistische Diktatur 1939 den Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag ab. -

3) Das Führerprinzip: Der Nationalsozialismus wollte die parlamentarische Demokratie durch eine hierarchisch aufgebaute, straff autoritär geführte, auf den Grundsätzen von Führer und



Gefolgschaft, Befehl und Gehorsam beruhende Diktatur ersetzen, mit einem Führer an der Spitze, der, ausgestattet mit umfassender Herrschaftsgewalt, unterstützt von der Staatspartei (der NSDAP) als politische Elite und (schein-)demokratisch legitimiert durch die plebiszitäre Zustimmung des Volks, die Gesellschaft total erfassen, in einer "Volksgemeinschaft" einen und völlig auf die von ihm autoritär gesetzten politischen Ziele ausrichten und für sie mobilisieren sollte. –

4) Nationalismus: Wie alle Weimarer Parteien forderte auch die NSDAP die Revision des Versailler Vertrages, darüber hinaus aber die Schaffung eines "großdeutschen" Nationalstaates, der über die Grenzen des Deutschen Reiches von 1914 hinausreichen und "alle deutschen Stämme" umfassen sollte. –

5) Rassismus: Der traditionelle großdeutsche Nationalismus ist in der Programmatik des Nationalismus "völkisch" geprägt und zum Rassismus gesteigert. Die nationalsozialistische Rassenlehre griff Rasantheorien auf, wie sie insbesondere Gobineau und H. S. Chamberlain im 19. Jahrhundert entwickelt hatten, und ist außer in "Mein Kampf" v.a. in Rosenbergs "Der Mythos des 20. Jahrhunderts" (1930) enthalten. Sie behauptete eine Stufenleiter der menschlichen Rassen mit der "nordisch-arisch-germanischen" Rasse als der "Herrenrasse" und einzig "kulturschaffenden" Rasse auf der obersten und der "kulturzersetzenden" jüdischen Rasse, die kein Lebensrecht habe, auf der untersten Stufe.

Oberstes Ziel der deutschen Innenpolitik müsse die "Reinhaltung" der "arischen" Rasse sein und die Durchsetzung und Sicherung ihrer Herrschaft über die anderen, minderwertigen Rassen; Hauptziel der deutschen Außenpolitik die Vorherrschaft der "arischen" Rasse und ihres deutschen "Vorvolkes" zumindest in Europa, letztlich aber deren Weltherrschaft. –

6) Antisemitismus: Der rassistisch begründete Antisemitismus stand im Mittelpunkt der Weltanschauung Hitlers. Sein Judenhaß bildete die wohl entscheidende Antriebskraft seines politischen Wollens und Handelns, den zentralen Bestandteil der nationalsozialistischen "Ideologie" und ab 1933 gleichsam die Staatsdoktrin des Dritten Reiches.

Der Nationalsozialismus verband, propagandistisch äußerst wirksam, den Antisemitismus mit dem Antikommunismus (weil Marx Jude war!), den Mythos vom jüdischen "Rassenfeind" mit dem vom bolschewistischen Klassenfeind, die in der deutschen politischen Kultur traditionell verwurzelte Judenfeindschaft mit der in Deutschland verbreiteten Kommunistenfurcht – eine Verbindung, die in der These von der angeblich weltweiten "Verschwörung" des vom bolschewistischen Rußland unterstützten "Weltjudentums" ihren Ausdruck fand und durch Fälschungen wie die der "Protokolle der Weisen von Zion" untermauert wurde.

Hauptziel der nationalsozialistischen Politik war nicht nur die völlige Entrechtung der deutschen Juden, sondern darüber hinaus die physische "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" (Hitler am 30.1.39). –

7) Imperialismus: Aus dem Rassismus des Nationalsozialismus folgt sein Imperialismus, die Forderung nach Schaffung eines weit über die Grenzen der deutschen Nation hinausreichenden deutschen Großstaates, der dem deutschen Volk den angeblich für sein Überleben notwendigen "Lebensraum" bieten sollte. Ziel der deutschen Außenpolitik müsse "Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" sein, wobei "wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken" ("Mein Kampf").

Dieses Ziel, daran ließen Hitler und andere Nationalsozialisten keinen Zweifel, konnte nur durch einen Krieg verwirklicht werden. Überhaupt gehörte zum Rassismus des Nationalsozialismus ein primitiver Darwinismus, die Vorstellung, "das allgemeinste unerbittliche Gesetz des Lebens" sei der "Kampf (eines Volkes) um sein Dasein, ... wenn es sein muß, mit anderen Völkern, die der eigenen völkischen Lebensentfaltung entgegenstehen".

Der Eroberungskrieg zur Gewinnung von Lebensraum für das deutsche Volk sollte darüber hinaus zur Erringung der Herrschaft des "arischen" deutschen Volkes und seines Staates über

die rassistisch angeblich minderwertigen slawischen Völker und Staaten Ost- und Ostmitteleuropas, letztlich zur Errichtung einer deutschen Weltherrschaft führen. –

8. Militarismus: Voraussetzung für eine imperialistische Politik war die Militarisierung der deutschen Gesellschaft, ihre psychologische Vorbereitung auf einen Krieg, die Erziehung v.a. der Jugend nach den militärischen Grundsätzen von Befehl und Gehorsam und zur Hochschätzung der Gewalt als (angeblich) notwendiges Mittel politischer Auseinandersetzungen im Innern wie nach außen und die Bekämpfung tatsächlicher oder vermeintlicher pazifistischer Gesinnungen und Haltungen.

Jahrelang war die NSDAP nur eine politisch unbedeutende, über Bayern hinaus kaum bekannte Splitterpartei. Erst seit 1929, während und in ursächlichem Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise, konnte sie die zur Erringung der staatlichen Macht notwendige "Massenbasis" gewinnen. ...<<

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den Antisemitismus der NSDAP (x051/289): >>Judenverfolgung. Die Geschichte der Juden in der Diaspora ist eine Geschichte der Verfolgung. Religiöser Fanatismus und wirtschaftliche Motive führten immer wieder zu judenfeindlichen Aktionen, die nicht selten mit Massakern endeten.

Unter dem Toleranzgedanken der Aufklärung vollzog sich seit Ende des 18. Jahrhunderts eine Emanzipation, die im Laufe des 19. Jahrhunderts schließlich zur politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung führte.

Mit der Emanzipation war jedoch die Feindschaft gegen die Juden – der Antisemitismus – nicht beseitigt; er lebte in seinen verschiedenen Erscheinungsformen und Betätigungsgraden fort. Darüber hinaus entwickelte sich eine weitere Richtung der Judenfeindschaft: der Rassenantisemitismus. Er erreichte seinen Höhepunkt im nationalsozialistischen Deutschland mit der sogenannten Endlösung der Judenfrage.

Die Judenverfolgung stellte einen der Kernpunkte nationalsozialistischer Weltanschauung dar. Bereits im Parteiprogramm der NSDAP vom 24.2.20 war festgestellt worden, daß Volksgenosse nur sein kann, wer "deutschen Blutes" ist.

Es wurde gefordert, die Juden unter Fremdengesetzgebung zu stellen. Die erste offizielle Attacke findet sich in einer Gesetzesinitiative der Reichstagsfraktion der NSDAP vom 13.3.30, mit der diese (ohne Erfolg) anregte, denjenigen wegen "Rasseverrat" mit Zuchthaus oder in besonders schweren Fällen mit dem Tod zu bestrafen, "der durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft (oder farbigen Rassen) zur rassistischen Verschlechterung und Verletzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht".

Nach der Machtergreifung begannen die Nationalsozialisten alsbald ihre Pläne zur Judenverfolgung in die Tat umzusetzen. Zunächst stand ihrem Vorhaben allerdings Artikel 109 der Weimarer Verfassung entgegen, nach dem alle Staatsbürger vor dem Gesetz gleich waren. Ausnahmegesetze gegen die Juden wären demnach verfassungswidrig gewesen.

Der Weg dafür wurde erst durch das Ermächtigungsgesetz (24.3.33) geebnet. Eine Woche später folgte das sogenannte 1. Gleichschaltungsgesetz, nach dem auch die Regierungen der deutschen Länder ohne vorherige Beschlußfassung der Landtage Gesetze erlassen konnten.

...<<

## **Februar 1920**

**Großbritannien:** Winston S. Churchill schreibt im Februar 1920 in der britischen Tageszeitung "Illustrated Daily Herald" (x337/125): >>Zionismus versus Bolschewismus

... Die Pläne der internationalen Juden. ... Diese Bewegung unter den Juden ist nicht neu. Von den Tagen des Spartakus-Weishaupts an bis zu denen von Karl Marx und Trotzki (Rußland), Bela Kun (Ungarn), Rosa Luxemburg (Deutschland) und Emma Goldman (USA) hat diese weltweite Verschwörung zum Sturz der Zivilisation ... stetig zugenommen. ... Sie war die Triebfeder hinter jeder subversiven Bewegung im 19. Jahrhundert. Und nun hat diese

Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas endlich das russische Volk bei seinen Haaren ergriffen, und sie sind praktisch die unumstrittenen Herren dieses riesigen Reiches geworden. ...<<

### **08.03.1920**

**Deutsches Reich:** Während einer Debatte zur Einführung einer gemeinsamen "Grundschule" für alle Schüler der ersten 4 Schuljahre erklärt ein DNVP-Abgeordneter am 8. März 1920 (x149/49): >>... daß jedes Ehepaar direkt von Staats wegen mit den rigorosesten Mitteln gezwungen wird, seine Kinder ausgerechnet in die Grundschule zu schicken, die der Staat einrichtet. Das ist ein ... Kinderzwangszuchthaus. ...<<

Der preußische Kultusminister Konrad Haenisch (SPD) erläutert im Verlauf dieser Debatte die Ziele des künftigen Einheitsschulsystems (x149/49): >>Wenn durch Grundschule und Einheitsschule, wie wir es alle erstreben, der große Querschnitt beseitigt wird, der heute durch unser deutsches Bildungswesen hindurchgeht, wenn künftig der Sohn des Maurers die gleiche Schulbank drücken wird wie der Sohn des Ministers, ... wenn die Kinder sozialdemokratischer und deutschnationaler Eltern auf Schulausflügen und Wanderfahrten einander menschlich nahe kommen sollen, dann darf auch der große Längsschnitt der konfessionellen Trennung in unserem Schulwesen nicht länger aufrecht erhalten werden. ...<<

### **10.03.1920**

**Deutsches Reich:** Der spätere Außenminister Walther Rathenau schreibt am 10. März 1920 an Professor Hoffmann, Wilhelmshaven, über die Beziehungen zu Sowjet-Rußland (x1.142): >>Über die Notwendigkeit, mit Rußland eine Gemeinschaft zu finden, stimme ich mit Ihnen voll überein. Der Bolschewismus ist heute nur noch eine Fassade; in Wirklichkeit handelt es sich um eine straff oligarchisch regierte Agrar-Republik, die, wie ich glaube, trotz aller Schwierigkeiten Bestand haben wird.

Es wird freilich lange dauern, bis Rußland so weit erstarkt, um uns wirtschaftliche Kompensationen zu gewähren ... Ich hoffe, daß die Arbeiten der Kommission (der "Studienkommission für Rußland") die erste und entscheidende Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete bringen werden, denen diejenigen auf politischem Gebiet sich hoffentlich anschließen. ...<<

### **13.03.1920**

**Deutsches Reich:** Am 13. März 1920 unternimmt der Führer der rechtsradikalen Deutschen Vaterlandspartei, Wilhelm Kapp, unterstützt von General von Lüttwitz, Freikorpsführer Marinikapitän Ehrhardt und Großindustriellen, in Berlin einen Umsturzversuch.

Wilhelm Kapp (1858-1922, Begründer der Deutschen Vaterlandspartei) ernennt sich am 13. März 1920 selbst zum Reichskanzler, um die Ehre und nationale Einheit des Deutschen Reiches wiederherzustellen (x128/114): >>Die Regierung wird den Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes unter seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit es möglich ist und nicht Selbstvernichtung bedeutet. ...

Sie wird zur Wiederaufrichtung des Staates den ländlichen und städtischen Grundbesitz zu entsprechender Steuerleistung heranziehen. ... Die Regierung wird aber dem Grundbesitz, damit er in den Stand gesetzt wird, solche Opfer zu tragen, die wirtschaftliche Freiheit zurückgeben. ...

Die Regierung wird Streiks und Sabotage rücksichtslos unterdrücken. Gehe jeder friedlich seiner Arbeit nach. Jede arbeitsfreudige Hand ist unseres nachdrücklichen Schutzes sicher. Streik ist Verrat am Volk, an Vaterland und Zukunft.

Die Regierung wird dem seit den Novembertagen zurückgesetzten Beamtentum aller Grade wieder zu seinem Recht verhelfen und seine Interessen in jeder Hinsicht wahrnehmen.<<

Ein Freikorpsoffizier berichtet damals, warum er diese Umsturzversuche unterstützt (x073/-109): >>... Wissen sie, daß sich uns alten Soldaten das Herz im Leibe umgewendet hat, als so im Nu die schwarzweißrote Fahne abgeschafft wurde? Wissen Sie, daß unter dieser Fahne, die

man einfach auf den Kehrthaufen geschmissen hat, tausende, zehntausende, hunderttausende Soldaten, Mannschaften und Offiziere in Feindesland bestattet liegen? ... Ja, heulen könnte man, daß sie einem diese Fahne genommen haben. ...

Ich mache kein Hehl daraus, daß ich Monarchist bin. Mein Gott, wenn man dreißig Jahre lang seinem König und Kaiser treu gedient hat, dann kann man nicht plötzlich sagen, von morgen an bin ich Republikaner. ...<<

Da die Reichswehrführung der Regierung den militärischen Schutz verweigert, ruft die SPD am 13. März 1920 zum Generalstreik auf (x149/39):

**>>Arbeiter! Parteigenossen!**

Der Militärputsch ist da! Die Baltikum-Landsknechte, die sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen, und eine diktatorische Regierung zu bilden.

Mit Lüttwitz und Kapp an der Spitze!

Arbeiter, Genossen!

Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landknechtsregiment zu unterwerfen. Wir paktieren nicht mit den Baltikum-Verbrechern.

Arbeiter, Genossen!

Die Arbeit eines ganzen Jahres soll in Trümmer geschlagen, Eure schwer erkaufte Freiheit vernichtet werden.

**Es geht um alles!** Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten.

Kein Betrieb darf laufen, solange die Militärdiktatur der Ludendorffe herrscht!

Deshalb legt die Arbeit nieder! Streik! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Zwist beiseite! Es gibt nur ein Mittel gegen die Diktatur Wilhelms II.:

**Lahmlegung jeden Wirtschaftslebens!**

**Keine Hand darf sich mehr rühren!**

**Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen!**

**Generalstreik auf der ganzen Linie!**

**Proletarier vereinigt Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!**

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung:

Ebert, Bauer, Schlicke, Schmidt, David, Müller.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei:

Otto Wels.<<

Der deutsche Studiendirektor Reinhold Hartmann schreibt später über den "Kapp-Putsch" (x051/303): >>Kapp-Putsch, nach dem Initiator, dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp (1858-1922), benannter rechtsradikaler Umsturzversuch im März 20.

Ausgelöst wurde der Kapp-Putsch als Reaktion auf die Reduzierung der Reichswehr gemäß Versailler Vertrag und dem entsprechenden Auflösungsbeschluß für die "Freikorps-Brigaden" Löwenfeld und Ehrhardt durch Reichswehrminister Noske am 11.3.20.

Der Chef des Reichswehrgruppenkommandos I Berlin, General Lüttwitz, und Kapp ließen daher am 13.3. Berlin von der Brigade Ehrhardt besetzen.

Die Reichsregierung wich nach Dresden und Stuttgart aus und rief, unterstützt von Gewerkschaften, SPD und DDP, zum Generalstreik auf. Die vom selbst ernannten Reichskanzler Kapp gebildete provisorische Regierung (Reichswehrminister Lüttwitz) mußte unter diesem Druck am 17.3. aufgeben, da die Reichswehr beim Kapp-Putsch nicht mitzog und die Beamenschaft sich verweigerte. Nun distanzieren sich auch die Rechtsparteien und die Industrie, so daß Kapp am 18.3. nach Schweden floh.

Später stellte er sich dem Reichsgericht und starb in Untersuchungshaft. Der Kapp-Putsch bewies die ungebrochene Stärke der politischen Rechten und die Schlüsselrolle der Reichs-

wehr für das Überleben der Republik.<<

Der sogenannte "Kapp-Putsch" scheitert zwar schon nach 4 Tagen durch den Generalstreik der Gewerkschaften und der Beamtenschaft, löst aber in München, im Ruhrgebiet (rd. 50.000 Kommunisten) und in Mitteldeutschland ("Rote Republik") kommunistische Gegenbewegungen aus. Diese Putschversuche der Kommunisten kann die deutsche Reichswehr erst Mitte Mai nach erbitterten Straßenkämpfen niederschlagen. Nach dem "verbotenen" Einsatz der deutschen Reichswehr rücken französische Truppen wegen angeblicher "Verletzung des Versailler Vertrages" in den Main-Gau ein und besetzen Frankfurt.

**01.04.1920**

**Deutsches Reich:** Adolf Hitler beendet am 1. April 1920 den Militärdienst und organisiert danach den Aufbau der Nationalsozialistischen Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).

**03.04.1920**

**Sowjet-Rußland:** Der IX. kommunistische Parteitag verabschiedet am 3. April 1920 Richtlinien zur Steigerung der Arbeitsproduktivität (x058/306): >>Jede soziale Ordnung (die Sklaverei, die Leibeigenschaft, der Kapitalismus) hatte ihre Methoden und Verfahren des Arbeitszwanges und der Erziehung zur Arbeit im Interesse der ausbeuterischen Oberschichten.

Vor der sowjetischen Ordnung steht in voller Größe die Aufgabe, ihre eigenen Methoden der Beeinflussung mit dem Ziel der Steigerung der Intensität und der Zweckmäßigkeit der Arbeit auf der Basis der vergesellschafteten Wirtschaft im Interesse des ganzen Volkes zu entwickeln.

Neben der agitatorisch-ideellen Beeinflussung der werktätigen Massen und neben den Repressalien gegen notorische Faulenzer, Parasiten und störenden Elemente ist der Wettbewerb die mächtigste Triebfeder zur Steigerung der Arbeitsproduktivität.

In der kapitalistischen Gesellschaft hatte der Wettbewerb den Charakter der Konkurrenz und führte zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. In einer Gesellschaft, wo die Produktionsmittel nationalisiert sind, muß der Arbeitswettbewerb, ohne die Solidarität zu verletzen, nur die Gesamtsumme der Produkte der Arbeit vermehren.

Der Wettbewerb zwischen Werken, Rayons (Verwaltungseinheiten einer Sowjetrepublik), Betriebsabteilungen, Werkstätten und einzelnen Arbeitern muß Gegenstand sorgfältiger Organisation und eingehenden Studiums von seiten der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane werden.

Das Prämiensystem muß eines der wichtigsten Mittel zur Entfaltung des Wettbewerbs werden. Mit ihm muß das System der Versorgung mit Lebensmitteln genau abgestimmt werden: Solange die Sowjetrepublik über zu wenig Lebensmittel verfügt, muß der fleißige und anständige Arbeiter besser versorgt werden als der nachlässige Arbeiter.<<

**18.04.1920**

**Deutsches Reich:** Generaloberst Hans von Seeckt (1866-1936, von 1920-26 Chef der Heeresleitung) verbietet am 18. April 1920 per Erlaß jegliche politische Betätigung innerhalb der Reichswehr (x243/26): >>Mit allen Kräften soll die politische Betätigung jeder Art von dem Heere ferngehalten werden. Politische Kämpfe innerhalb der Reichswehr vertragen sich weder mit dem Geist der Kameradschaft noch mit der Disziplin. ...<<

**19.04.1920**

**Italien:** Während der Konferenz des Obersten Rates der Alliierten in San Remo wird am 19. April 1920 der Nahe Osten in britische und französische Mandatsgebiete aufgeteilt, die formell dem Völkerbund unterstehen sollen (x175/163).

**28.04.1920**

**Deutsches Reich:** Die Nationalversammlung erläßt am 28. April 1920 das "Grundschulgesetz". Danach gehen in den ersten 4 Schuljahren alle Schüler in eine gemeinsame Grundschule.

## **April 1920**

**Deutsches Reich:** In Sachsen ruft im April 1920 die militärische Oberleitung des kommunistischen Soldatenrates zur Diktatur des Proletariats auf (x243/19):

>>Aufruf!

Diktatur des Proletariats!

Wir haben mit unseren roten Truppen den Ort besetzt und verhängen hiermit das proletarische Standrecht, das heißt, daß jeder Bürger erschossen wird, der sich nicht den Anordnungen der militärischen Oberleitung fügt.

Im selben Augenblick, wo uns gemeldet wird, das Sipo oder Reichswehr im Anmarsche ist, werden wir sofort die ganze Stadt anzünden und die Bourgeoisie abschlachten, ohne Unterschied des Geschlechtes und Alters.

Solange keine Sipo oder Reichswehr anrücken, werden wir das Leben der Bürger und ihre Häuser schonen.

Alle Waffen, Hieb- und Stichwaffen, Schießwaffen aller Art, müssen sofort an die militärische Oberleitung abgegeben werden. Bei wem durch Haussuchung noch Waffen gefunden werden, wird auf der Stelle erschossen.

Alle Autos, Personen- und Lastwagen, müssen sofort zur militärischen Oberleitung gebracht werden. Geschieht dies nicht, so werden die Betreffenden erschossen. ...<<

**Polen:** Im April 1920 beginnt der polnisch-russische Krieg, da Marschall Pilsudski die polnischen Ostgrenzen von 1772 durchsetzen will.

### **Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland**

Nach den Plänen der Briten und Franzosen sollte die polnische Ostgrenze ("Curzon-Linie") nicht über das polnische Siedlungsgebiet hinausgehen (x069/138). Polen wollte sich damit aber nicht begnügen. Während in Rußland ein blutiger Bürgerkrieg tobte, griffen polnische Truppen den geschwächten russischen Nachbarn im April 1920 an. Am 7. Mai 1920 eroberte die überlegene polnische Armee (148.500 Polen gegen 65.000 Sowjets) Kiew, die Hauptstadt der Ukraine (x047/134).

Nach einer großangelegten sowjetischen Gegenoffensive wurden die polnischen Truppen (Marschall Pilsudski) jedoch schnell zurückgedrängt. Im Juli 1920 stand die Rote Armee bereits vor Warschau. Hier konnte man die Russen jedoch mit französischer Waffenhilfe bzw. wegen Streitigkeiten der sowjetrussischen Armeeführer Tuchatschewski (1893-1937) und Budjonny (1883-1973) stoppen und zurückschlagen ("Wunder an der Weichsel"). Nach dem völlig überraschenden polnischen Sieg über die abgekämpften Truppen der Roten Armee erfolgte die östliche Verlagerung der polnisch-russischen Grenze.

Der polnische "Blitzfeldzug" gegen Sowjet-Rußland (April bis Oktober 1920) war äußerst erfolgreich, denn Polen konnte die bisherigen Volkstumsgrenzen um ca. 250 km nach Osten erweitern (x061/433). Die Länge der neuen polnisch-russischen Grenze betrug danach 1.412 km).

Die "neuen ostpolnischen Gebiete" wurden überwiegend von Ukrainern und Weißrussen bewohnt, die ausschließlich von primitiver Land- und Forstwirtschaft lebten. Zentrale Mittelpunkte waren Wilna, Brest und Rowno. Nach polnischen Angaben siedelten in diesen "ostpolnischen Gebieten" später rd. 8,9 Millionen Einwohner, davon waren etwa 6,0 Millionen Ukrainer und Weißrussen, ca. 1,5 Millionen Polen und 1,4 Millionen andere Minderheiten, vor allem Juden (x064/127).

Lenin erklärte nach der rigorosen bzw. maßlosen polnischen Grenzfestlegung (polnisch-sowjetischer Frieden von Riga vom 18. März 1921), daß man aus taktischen Gründen diese Grenze vorübergehend anerkennen mußte, aber diese Gebiete zu gegebener Zeit wiederholen würde.

Diese willkürliche polnische Grenzziehung löste in den folgenden Jahren ständig schwere pol-

nisch-sowjetische Konflikte aus und führte schließlich im Jahre 1939 zum sowjetischen Einmarsch. Für die Ostdeutschen wirkte sich die polnische Expansionspolitik besonders verhängnisvoll aus, denn im Verlauf des Zweiten Weltkrieges einigten sich die Sowjetunion, die westlichen Siegermächte und Polen schließlich zu Lasten der deutschen Ostprovinzen (Tausch der im Jahre 1920 besetzten ukrainischen und weißrussischen Gebiete gegen die deutschen Ostgebiete).

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 5.12.2009) über den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920/21 (x887/...): >>Wie polnisch war "Ostpolen"?

Polens heutige Ostgrenze basiert weitgehend auf der vor 90 Jahren gezogenen Curzon-Linie. Die heutige Ostgrenze der Republik Polen entspricht weitgehend der sogenannten Curzon-Linie, die sich ihrerseits an der Volkstums- und Sprachgrenze orientiert.

Vor 90 Jahren verkündeten die Sieger des Ersten Weltkrieges auf der Pariser Friedenskonferenz die nach dem damaligen britischen Außenminister George Curzon benannte Linie als Demarkationslinie.

Die "14 Punkte" des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, auf deren Basis die Deutschen sich 1918 zum Friedensschluß bereit erklärt hatten, enthielten mit dem 13. auch einen Punkt über Polen und seine Grenzen: "Ein unabhängiger polnischer Staat sollte errichtet werden, der alle Gebiete einzubegreifen hätte, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind; diesem Staat sollte ein freier und sicherer Zugang zur See geöffnet werden, und seine politische sowohl wie wirtschaftliche Unabhängigkeit sollte durch internationale Übereinkommen verbürgt werden."

Anders als bei der Westgrenze zu Deutschland waren die Siegermächte des Ersten Weltkrieges bemüht, Polen im Osten eine Grenze zu geben, die dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, also der Volkstums- beziehungsweise Sprachgrenze entsprach. Polens östlicher Nachbar, das vormalige Zarenreich, zählten die Kriegssieger nämlich im Gegensatz zu Polens westlichem Nachbarn nicht zu ihren Gegnern. Zwar betrachteten sie Rußlands "Rote" wie die Deutschen als Paria, doch gaben sie sich noch längere Zeit der Hoffnung hin, daß die von ihnen unterstützten "Weißen" die zukünftigen Herren Rußlands wären.

Folgerichtig entwickelten die Sieger auf der Pariser Friedenskonferenz für Polens Abgrenzung gegen Osten eine Demarkationslinie, die weitgehend der Sprachgrenze entsprach. Am 8. Dezember 1919 wurde der polnischen Regierung diese Linie mitgeteilt mit der Erlaubnis, bis dorthin ihre Verwaltung auszudehnen. Diese "Linie des 8. Dezember" bezeichnen wir heute als "Curzon-Linie".

Ebenso wie im Westen war die polnische Regierung jedoch auch im Osten nicht bereit, sich mit den mehrheitlich von ihren Landsleuten bewohnten Territorien zu begnügen.

Wilsons Vorgabe, daß der polnische Staat alle Gebiete "einzubegreifen" habe, die von unbestritten polnischer Bevölkerung bewohnt sind, legte die Regierung vielmehr in der Weise aus, daß alles Polen sei, wo Polen leben, unabhängig davon, ob sie in ihrer Heimat die Mehrheit bilden.

Mit Waffengewalt trachtete Warschau nun zu gewinnen, was die Sieger in Paris ihnen nicht gewährt hatten. Rußlands Bolschewiki verhielten sich im Grunde ähnlich wie zuvor im Ersten Weltkrieg gegenüber den Mittelmächten.

Der Kampf um die Macht im Inneren gegen die "Weißen" hatte für sie Vorrang vor Grenzfragen im Konflikt mit ausländischen Mächten. Vielleicht hatten die Bolschewiki auch ähnlich wie beim Friedensschluß von Brest-Litowsk mit den Mittelmächten die Hoffnung, daß es doch nur um ein Provisorium ginge. Jedenfalls schlug Lenin selbst am 28. Januar 1920 Friedensverhandlungen auf Basis einer Demarkationslinie vor, die zwischen 280 und 400 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze lag. Der polnischen Regierung reichte das jedoch nicht. Sie hoffte auf noch mehr Landgewinn.

Im Juni des Jahres wendete sich jedoch das Schlachtenglück. Polens Streitkräfte gerieten in die Defensive und mußten sich zurückziehen. Bis zum Juli rückten die Russen bis zur Curzon-Linie vor. In dieser Situation bat der polnische Premier die auf der Konferenz von Spa vereinigten alliierten Staatsmänner um Hilfe.

Ein weiteres Mal versuchten nun die Alliierten, die "Linie vom 8. Dezember" als Grenze durchzusetzen. Nachdem sich die polnische Seite am 10. Juli 1920 zum Rückzug hinter die Curzon-Linie verpflichtet hatte, schlugen die Alliierten telegrafisch den Russen einen Waffenstillstand mit ihr als Demarkationslinie vor. Da das entsprechende Telegramm vom britischen Außenminister George Curzon unterschrieben war, begann sich der Name "Curzon-Linie" durchzusetzen.

Um ihrem Vorschlag Nachdruck zu verleihen, hatten die Alliierten den Russen für den Fall des Überschreitens der Linie mit der militärischen Unterstützung Polens gedroht. Das hinderte die Sowjets nicht, ihren Vormarsch fortzusetzen. Mit alliierter Unterstützung gelang es den Polen allerdings, die Russen im August 1920 vor Warschau zu stoppen.

Analog zum "Wunder an der Marne" spricht man in diesem Zusammenhang gerne vom "Wunder an der Weichsel". Nun bewegte sich die Front wieder Richtung Osten und es waren die Russen, die einen Friedensvertrag auf Basis der Curzon-Linie vorschlugen. Dazu waren aber wiederum die Polen nicht bereit. Das Ergebnis der von den Alliierten vermittelten Friedensverhandlungen war schließlich der Friede von Riga.

In diesem am 18. März 1921 geschlossenen Frieden konnte Polen eine rund 250 Kilometer östlich der Volkstumsgrenze liegende Staatsgrenze durchsetzen. Selbst nach polnischen Angaben umfaßte die Bevölkerung zwischen der Curzon-Linie und der nunmehrigen polnischen Ostgrenze in den frühen 1920er Jahren etwa sechs Millionen Ukrainer und Weißrussen, etwa 1,4 Millionen andere, vor allem Juden und Litauer, aber nur etwa 1,5 Millionen Polen - also etwa 17 Prozent. Dennoch wird das Gebiet zwischen der Volkstumsgrenze beziehungsweise Curzon-Linie im Westen und der in Riga gezogenen Ostgrenze bis zum heutigen Tage in der Bundesrepublik regelmäßig als "Ostpolen" bezeichnet.

Angesichts der Polenfreundlichkeit des Westens mag diese fälschliche Verwendung des Begriffs politisch gewollt sein, aber sie bleibt grob falsch.

Verständlicherweise revidierte Moskau die Friedensregelung von Riga, als Berlin ihm hierzu mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und dem anschließenden Angriff auf Polen die Möglichkeit bot. Bemerkenswerterweise verzichtete die Sowjetunion - mit Ausnahme des zu erheblichen Teilen weißrussisch-sprachigen Gebietes um Bialystok - auf die Annektierung polnischen Territoriums und begnügte sich nach dem erfolgreichen Polenfeldzug im Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 mit dem nichtpolnischen "Ostpolen".

Von westalliierten Seite wurde zwar noch versucht, die Sowjetunion für eine östlich von Lemberg verlaufende B-Variante der Curzon-Linie zu gewinnen, aber diese verzichtete nur auf das westlich der Curzon-Linie liegende Bialystok. Die UdSSR ist nun schon seit fast einem Jahrzehnt Geschichte, aber die von ihr gezogene Ostgrenze Polens auf der Basis der Curzon-Linie hat bis heute Bestand.<<

#### **06.05.1920**

**Deutsches Reich:** Dänische Truppen besetzen am 6. Mai 1920 Nordschleswig (Abstimmungsgebiete).

#### **01.06.1920**

**CSR:** Im Verlauf der Prager Parlamentseröffnung erklärt am 1. Juni 1920 der Sudetendeutsche Verband (x024/40-41): >>Die tschechoslowakische Republik ist daher das Ergebnis eines einseitigen tschechischen Willensaktes und hat diese Gebiete widerrechtlich und mit Waffengewalt besetzt. Die deutschen Sudetenländer sind in der Tat um ihren Willen niemals be-



fragt worden, und das Ergebnis der Friedensverträge ist daher ... die Sanktionierung eines Gewalt-, aber niemals eines Rechtszustandes.

Wir verwerfen daher die Fabel vom rein tschechischen Staate und von der "tschechoslowakischen Nation" sowie von der "tschechoslowakischen Sprache" als mit den Tatsachen handgreiflich im Widerspruch stehend.

Wir werden niemals die Tschechen als Herren anerkennen, niemals uns als Knechte in diesem Staat fügen.

Unrecht kann auch durch tausendjährige Übung niemals Recht werden, solange es nicht von den Betreffenden selber auf Grund freier EntschlieÙung anerkannt wurde, und wir verkünden demnach feierlich, daß wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern, daß wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Maßnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staate, den gegenwärtigen Zustand als unser unwürdig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar betrachten. ...<<

#### **04.06.1920**

**Ungarn:** Nach der Unterzeichnung des "Friedensvertrages" von Trianon (4. Juni 1920) verliert Ungarn als Kriegsanstifter des Ersten Weltkrieges rd. 68 % aller bisherigen Gebiete (einschließlich der wichtigen Mittelmeerküste) und fast 60 % der ungarischen Staatsbürger (x019/91). Ungarn muß die Slowakei und die Karpaten-Ukraine an die Tschechoslowakei, Kroatien an Jugoslawien, das Banat an Jugoslawien und Rumänien sowie Siebenbürgen an Rumänien abtreten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Trianon" (x051/585-586):  
>>Trianon, Lustschlösser im Park von Versailles. Im 1687/88 errichteten Grand Trianon wurde am 4.6.20 der Friede zwischen den Alliierten des Ersten Weltkrieges und Ungarn als einem Rechtsnachfolger der Donaumonarchie und damit als Verliererstaat unterzeichnet.

Der Friede von Trianon war nach dem Muster des Versailler Vertrages mit Kriegsschuldpassus, Rüstungsbeschränkungen, Reparations- und Abtretungsverpflichtungen verbunden und ordnete unter Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker 60 % der ungarischen Bevölkerung fremden Staaten zu.

Die ungarische Politik bis in den Zweiten Weltkrieg war daher bestimmt von Revisionsforderungen und führte das Land in die Nähe zum faschistischen Italien und zum nationalsozialistischen Deutschland.<<

#### **20.06.1920**

**Jugoslawien:** Jüngere deutsche Akademiker gründen am 20. Juni 1920 in Neusatz den "Schwäbisch-Deutschen Kulturbund", um die bisherigen volks- und kulturpolitischen Erfolge zu sichern (x006/30E).

#### **10.08.1920**

**Armenien:** Der im Jahre 1918 neugegründete Staat Armenien wird zwar am 10. August 1920 im Friedensvertrag von Sèvres bestätigt, aber die türkische Regierung weigert sich, die Republik Armenien anzuerkennen.

Als türkische Truppen danach die armenischen Einheiten entscheidend besiegen (Frieden von Gümrü vom 2. Dezember 1920), besetzt Sowjet-Rußland im November 1920 die armenische Hauptstadt Eriwan. Die Republik Armenien wird anschließend 1921 zwischen dem Osmanischen Reich und Sowjet-Rußland aufgeteilt und "für alle Zeiten" liquidiert.

**Osmanisches Reich:** Infolge des Friedensvertrages von Sèvres wird das Osmanische Reich am 10. August 1920 fast aus Europa verdrängt (Ausnahme: Konstantinopel mit dem Hinterland). Das Osmanische Reich verliert u.a. folgende Teile ihrer ehemaligen Gebiete: Mazedonien an Griechenland, Dodekanes und Rhodos an Italien (bis 1947), Syrien an Frankreich, Palästina und Irak an England.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Sèvres" (x051/536): >>Sèv-

res, Vorort von Paris, in dem am 10.8.20 der Friedensvertrag zwischen den Alliierten und der Türkei unterzeichnet wurde, die im Ersten Weltkrieg auf Seiten der Mittelmächte gekämpft hatte.

Die demütigenden Bestimmungen von Sèvres (u.a. umfangreiche Gebietsabtretungen, z.T. sogar in Kleinasien an Griechenland) lösten 1921/22 den türkisch-griechischen Krieg aus und galten als typisch für die wenig weisen Pariser Vorortverträge.<<

### **13.08.1920**

**Deutsches Reich:** Hitler hält am 13. August 1920 in Münchener Hofbräuhaus eine antisemitische Hetzrede ("Warum sind wir Antisemiten?").

### **14.08.1920**

**CSR:** Die Tschechoslowakei und Jugoslawien schließen am 14. August 1920 ein Defensivbündnis gegen eine eventuelle österreichisch-ungarische Revisionspolitik.

1921 folgt ein Bündnis mit Rumänien (x041/85).

### **10.10.1920**

**Österreich:** Die serbische Besatzungsmacht muß nach der österreichischen Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 aus Österreich (Steiermark und Kärnten) abrücken (x041/84).

### **Oktober 1920**

**Polen:** Nach dem Sieg über Sowjet-Rußland (polnisch-russischer Krieg von April bis Oktober 1920) verlagert Polen die bisherigen Grenze um ca. 250 km östlich der von England empfohlenen Volkstumsgrenze (Curzon Linie).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über die "Curzon-Linie" (x051/105): >>Curzon-Linie, nach dem britischen Außenminister G. N. Curzon (1859-1925) benannte und von ihm am 11.7.20 vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Polen und der Sowjetunion: Dünaburg - Wilna - Grodno - Brest, dann dem Bug folgend und Galizien durchschneidend bis Przemysl.

Polen lehnte die Curzon-Linie nach dem Sieg über die Rote Armee bei Warschau (August 20) ab und verlegte die Grenze 250 km weiter nach Osten. 1939 diente die Curzon-Linie zur Orientierung bei der Abgrenzung der Interessensphären im Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag und 1945 bei der polnisch-sowjetischen Grenzziehung.<<

### **16.11.1920**

**CSR:** In Prag ereignen sich am 16. November 1920 nach antitschechischen Demonstrationen in Eger schwere Ausschreitungen gegen die Deutschen. Die Redaktionsräume des deutschen "Prager Tageblattes" und das "Deutsche Haus" werden verwüstet.

Das seit 1783 bestehende deutsche Landestheater wird danach von den Tschechen besetzt. Alle Theateraufführungen sollen nur noch in tschechischer Sprache stattfinden (x034/121).

### **21.11.1920**

**Sowjet-Rußland:** Lenin kündigt am 21. November 1920 an, nach der "proletarischen Revolution in Rußland" die Weltrevolution durchzusetzen (x125/58): >>Als wir vor drei Jahren die Frage nach den Aufgaben und Bedingungen des Sieges der proletarischen Revolution in Rußland stellten, haben wir stets ausdrücklich erklärt, daß dieser Sieg nicht als gesichert gelten kann, wenn Rußland nicht von der proletarischen Revolution im Westen unterstützt wird. ... Damit unser Sieg sicher sei, muß die proletarische Revolution in allen oder zumindest in einigen kapitalistischen Ländern siegen. ...

Wir sind in einer Situation, wo wir zwar noch nicht international gesiegt haben, was der einzige sichere Sieg für uns wäre, wo wir uns aber Bedingungen erkämpft haben, unter denen wir neben den kapitalistischen Staaten bestehen können, die jetzt gezwungen sind, wirtschaftliche Beziehungen mit uns aufzunehmen. ...<<

Der deutsche Historiker Walter Post berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 - 2001 über Lenins Außen- und Rüstungspolitik (x853/...): >>...

Die Kommunistische Partei Rußlands, die "Bolschewiki", verstand sich als eine Partei der Berufsrevolutionäre, deren erklärtes Endziel die Errichtung einer sozialistischen Weltrepublik war.

Zunächst gelang es den Bolschewiki aber nur, begünstigt durch die Wirren des Weltkrieges, im November 1917 einen Umsturz im industriell rückständigen Rußland herbeizuführen. Weitere sozialistische Revolutionen in Europa blieben aus oder scheiterten, und im eigenen Land mußten die Bolschewiki die soeben errungene Macht in einem mit größter Grausamkeit geführten Bürgerkrieg behaupten.

Im Dezember 1920, kurz nach Beendigung des Bürgerkrieges, formulierte Lenin eine Doktrin für die zukünftige sowjetische Außenpolitik. Die Sowjetunion war zu jener Zeit noch industriell rückständig und militärisch schwach, so daß sie sich auf keine bewaffnete Auseinandersetzung mit den westlichen Großmächten einlassen konnte.

Aber in der kapitalistischen Welt, zwischen Japan und den USA, zwischen den USA sowie England und Frankreich, und schließlich zwischen Deutschland und den Siegermächten des Ersten Weltkrieges existierten unüberbrückbare Interessengegensätze, die sich, so Lenin, über kurz oder lang in einem neuen bewaffneten Konflikt, einem "zweiten imperialistischen Krieg" entladen würden (der "erste imperialistische Krieg" war der Weltkrieg 1914/18 gewesen). Diese Gegensätze mußte die Sowjetunion ausnutzen:

"Das Wesentliche ... ist ... die Regel ... daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen zwei imperialistischen Mächtegruppen, zwischen zwei kapitalistischen Staatengruppen ausnutzen und sie aufeinanderhetzen muß. Solange wir nicht die ganze Welt gewonnen haben, solange wir, wirtschaftlich und militärisch gesehen, noch schwächer sind als die übrige, die kapitalistische Welt, solange haben wir uns an diese Regel zu halten ... Sobald wir aber stark genug sind, den gesamten Kapitalismus niederzuwerfen, werden wir ihn sofort an der Gurgel packen."

Lenin schloß mit den Worten:

"Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben. Der eine oder der andere wird zuletzt siegen. Entweder wird man die Sowjetrepublik oder den Weltkapitalismus zu Grabe tragen."

Der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab, die sozialistische Weltrevolution, war nicht nur das Ziel Lenins, sondern das aller bolschewistischen Führer. So erklärte Stalin Ende 1918:

"Der Westen mit seinen imperialistischen Kannibalen hat sich in einen Herd der Finsternis und Sklaverei verwandelt. Die Aufgabe besteht darin, diesen Herd zum Glück und zur Freude der Werktätigen aller Länder zu zerschlagen."

Nach dem Tode Lenins im Januar 1924 konnte sich nach längeren innerparteilichen Auseinandersetzungen Stalin als sein Nachfolger, als neuer Führer der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung, durchsetzen. ...<<

### **29.11.1920**

**Sowjet-Rußland:** Der Oberste Volkswirtschaftsrat erläßt am 29. November 1920 ein Dekret über die Verstaatlichung der kleineren industriellen Unternehmen (x058/305-306):

>>1. Alle industriellen Unternehmen, die privaten Personen oder Gesellschaften gehören und mehr als 5 Arbeiter mit maschineller Kraft oder mehr als 10 Arbeiter ohne maschinelle Kraft beschäftigen, werden zum Nationaleigentum erklärt.

2. Das gesamte Eigentum, die Geschäftsaktiva und das Kapital der in § 1 spezifizierten Unternehmen werden, wo immer sich dieses Eigentum befindet und woraus es auch besteht, zum Eigentum der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik erklärt.<<

### **01.12.1920**

**Deutsches Reich:** Carl von Ossietzky schreibt am 1. Dezember 1920 in der "Berliner Volkszeitung" über die schwierige Lage der Deutschen (x034/123): >>... Man macht nicht gern Ge-

schäfte mit einer besiegten Republik, von der man glaubt, sie könnte über Nacht aufhören, es zu sein. ...

Wir Deutschen haben wie jedes andere Volk, ein Recht auf nationales Eigenleben und nationale Freiheit. ...<<

## **1920**

**Deutsches Reich:** Im Deutschen Reich fallen von 1918-20 rd. 196.000 Menschen einer Grippeepidemie zum Opfer. Diese Grippeepidemie fordert von 1918-20 weltweit rund 20,0 Millionen Todesopfer (x074/1.031).

In Deutschland erkrankten im Jahre 1920 außerdem 11,9 Millionen Tiere an der gefürchteten Maul- und Klauenseuche (x074/1.041).

Der deutsche Schriftsteller Ernst Jünger (1895-1998, Soldat im 1. und 2. Weltkrieg) berichtet im Jahre 1920 in seinem Kriegstagebuch "In Stahlgewittern" (x058/319): >>... Wir sind nicht gewillt, diesen Krieg aus unserem Gedächtnis zu streichen, wir sind stolz auf ihn. Wir sind durch Blut und Erinnerung unlöslich verbunden. Und schon wächst in unseren Lücken eine neue und kühnere Jugend hinein. Wir brauchen für die kommenden Zeiten ein eisernes, rücksichtsloses Geschlecht. Wir werden wieder die Feder durch das Schwert, die Tinte durch das Blut, das Wort durch die Tat, die Empfindsamkeit durch das Opfer ersetzen – wir müssen es, sonst treten uns andere in den Dreck.

Wir haben aus der Revolution gelernt, daß jede Bewegung ohne eine große, uneigennütige Idee so wenig innere Überzeugungskraft besitzt, daß nicht ein einziger für sie ins Feuer geht. Uns aber leite über alles Niederträchtige hinweg unsere große, klare und verbindende Idee: das Vaterland, in seinem weitesten Sinne gefaßt. Dafür sind wir alle zu sterben bereit. Das haben wir voraus vor allem, was jetzt die Zeit erfüllt: Wir sind zum Opfer gewillt.

Eine Zeit von einer Brutalität, von der wir uns noch gar keine Vorstellung machen können, zieht herauf, ja wir sind schon mitten darin. Vor dem Ereignis wird jede Debatte zu Schaum, über den ganzen Wust von Redensarten, die uns fruchtlos ermüden, über Krämer, Literaten und Schwächlinge wird die Aufforderung zur Tat in das neue Europa fegen, eine reißende Flutwelle mit blutrotem Kamm. Denn der Friede weilt nicht beim Feigling, sondern beim Schwert.

Noch sind nicht alle Furchtlosen verschüttet unter Ruinen, die Deutschland begraben. Tragen wir in unsere neuen Aufgaben das alte, eisengewohnte Tempo hinein! ...<<

Dr. Horst Heidtmann schreibt später über Ernst Jünger (x051/294): >>Jünger, Ernst, geboren in Heidelberg 29.3.1895, (gestorben in Riedlingen, Württemberg 17. Februar 1998), deutscher Schriftsteller und Essayist; gehörte neben G. Hauptmann und Benn zu den bedeutendsten Autoren, die in Deutschland zwischen 1933 und 45 literarisch tätig blieben und veröffentlichen konnten.

Die frühen Werke Jüngers, Kriegsfreiwilliger von 1914, sind geprägt vom "Krieg als inneres Erlebnis"; sein erster Roman "In Stahlgewittern" (1920; 28. Auflage 1984), tagebuchartig, authentisch erzähltes, vorbehaltloses Bekenntnis zum Krieg, beschreibt die Schlacht als "Kunstwerk, wie es Männern Freude macht", idealisiert Tapferkeit vor dem Feind und den "Durst nach Blut".

Jünger gehörte zu den wichtigsten Vertretern der "Frontgeneration", der seinen "heroischen Realismus" gegen den Pazifismus der Weimarer Republik setzte und an dem die Nationalsozialisten besonders schätzten, daß er "Krieg nicht als Ende, sondern als Auftakt" sah, als "sinnbestimmende Macht völkischen Lebens".

Mit seiner mythischen Verklärung der "Frontgemeinschaft" gehörte Jünger zwar zu den intellektuellen Wegbereitern der Nationalsozialisten, doch sah er selbst in diesen nicht die erhoffte "hochgemute Elite".

Jünger, der zeitweise den nationalbolschewistischen Ideen des Kreises um Niekisch nahe-

stand, lehnte 1933 einen Sitz im Reichstag ebenso ab wie die Mitgliedschaft in der Preußischen Dichterkademie und geriet mit seinem elitären, aristokratischen Denken immer stärker in Widerspruch zu dem als "geistlos" empfundenen Totalitarismus der nationalsozialistischen Massenbewegung, die er in seinem Schlüsselroman "Auf den Marmor klippen" (1939) offen kritisierte (Hitler als Oberförster).

Unter Rückzug auf eine konservativ-esoterische Position blieb Jünger auch nach 1945 als Autor produktiv und erhielt zahlreiche literarische und politische Ehrungen (Bundesverdienstkreuz). Das gab zum Teil, wie bei der Verleihung des Goethe-Preises der Stadt Frankfurt 1982, Anlaß zu Kontroversen, da Jünger zwar für die Neuveröffentlichung seiner Frühwerke Formulierungen milderte, sich aber letztlich nicht von diesen distanzierte. Noch kurz vor seinem 90. Geburtstag umschrieb Jünger seine Rolle als Autor mit "Feldherr des Geistes".<<

Die "Sozialistische Arbeiterjugend" singt im Jahre 1920 erstmalig das "Weimarlied" des Lyrikers und Erzählers Hermann Claudius (x067/99):

>>1. Wann wir schreiten Seit' an Seit'  
und die alten Lieder singen  
und die Wälder widerklingen,  
fühlen wir, es muß gelingen:  
Mit uns zieht die neue Zeit.

2. Eine Woche Hammerschlag,  
eine Woche Häuserquadern  
zittern noch in unsren Adern.  
Aber keiner wagt zu hadern:  
Herrlich lockt der Sonnentag. ...

4. Birkenlaub und Saatengrün:  
Wie mit bittender Gebärde  
hält die alte Mutter Erde,  
daß der Mensch ihr eigen werde,  
ihm die vollen Hände hin. ...

6. Mann und Weib und Weib und Mann  
sind nicht Wasser mehr und Feuer.  
Um die Leiber legt ein neuer  
Frieden sich. Wir blicken freier,  
Mann und Weib, uns an.

7. Wann wir schreiten Seit' an Seit'  
und die alten Lieder singen  
und die Wälder widerklingen,  
fühlen wir, es muß gelingen:  
Mit uns zieht die neue Zeit.<<

Österreich: Prof. P. M. Brown (Universität Princeton) schreibt im Jahre 1920 über die Regelung der österreichischen Frage (x028/46-47): >>Im Fall Österreich-Ungarn liegt es nicht nur offen zutage, daß die Friedenskonferenz versäumte, das Recht auf Selbstbestimmung zu definieren oder Vorschriften für seine praktische Anwendung zu erlassen, sondern, was noch schwerer wiegt, es liegt klar zutage, daß keine einmütige Absicht vorlag, eine Gerechtigkeit, die keinen anderen Standard kennt als die gleichen Rechte der verschiedenen betroffenen Völker, auszuloten.

Die vorherrschenden Motive der Friedenskonferenz waren anscheinend: Erstens, die getreuen Verbündeten zu belohnen, zweitens, den besiegten Feind mit Strenge zu behandeln und drittens, ein neues Gleichgewicht der Mächte zu schaffen.<<

**CSR:** Bei den tschechischen Parlamentswahlen im Jahre 1920 erhält die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei 43 % aller deutschen Stimmen und wird stärkste Partei (x206/26).

**Sowjet-Rußland:** Lenin schreibt im Jahre 1920 über "Das Grundgesetz der Revolution" (x272/23-24): >>... Das Grundgesetz der Revolution, das durch alle Revolutionen, insbesondere durch die drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts, bestätigt worden ist, besteht in folgendem:

Zur Revolution genügt es nicht, daß die ausgebeuteten und geknechteten Massen die Unmöglichkeit, in alter Weise weiterzuleben, einsehen und eine Änderung fordern; zur Revolution ist nötig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können.

Nur wenn die "unteren Schichten" die alte Ordnung nicht mehr wollen und die "Oberschichten" in der alten Weise nicht mehr leben können – nur dann kann die Revolution siegen.

Mit anderen Worten kann man diese Wahrheit so ausdrücken:

Die Revolution ist ohne eine Krise der gesamten Nation (die Ausbeutete wie Ausbeuter erfaßt) unmöglich.

Folglich gehört zur Revolution erstens, daß die Mehrheit der Arbeiter (jedenfalls die Mehrheit der klassenbewußten, denkenden, politisch aktiven Arbeiter) die Notwendigkeit der Umwälzung vollkommen begriffen hat und bereit ist, ihretwegen in den Tod zu gehen; zweitens, daß die herrschenden Klassen eine Regierungskrise durchmachen, die sogar die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht (das Merkmal einer wirklichen Revolution ist: die schnelle Verzehnfachung, ja sogar die Verhundertfachung der zum politischen Kampf fähigen Vertreter der werktätigen und ausgebeuteten Massen, die bis dahin apathisch waren), die Regierung schwächt und den Revolutionären den schnellen Sturz dieser Regierung ermöglicht. ...<<

**Ungarn:** Miklos von Horthy (1868-1957) wird im Jahre 1920 zum Staatsoberhaupt und Reichsverweser gewählt. Die bisherige feudalistische Ordnung wird beibehalten (keine "Bodenreform").

**Italien:** Ein Anhänger des Faschismus schreibt im Jahre 1920 an den Chefredakteur einer kommunistischen Zeitung (x149/26-27): >>Italien kann nicht kommunistisch werden. Es ist kein Industrieland. Die Arbeiter werden sich damit abfinden müssen, wieder Landarbeiter zu werden. Die organisierten Mitglieder eurer Partei werden wir beim Bau von Kraftwerken einsetzen, die anderen werden wir zur Urbarmachung in die Sumpf- und Malariagebiete schicken; während sie dort den Reichtum des Landes mehren, werden Sumpf und Malaria auch ihre revolutionären Fieberschauer abkühlen.

Es ist überdies an der Zeit, mit diesem Luxus des Landarbeiters Schluß zu machen, die ihre Töchter in Seide kleiden – besser als die würdigsten jungen Damen der bürgerlichen Familien.

...

Die Offiziere des Heeres stehen auf unserer Seite, sie versorgen uns mit Waffen und Munition. Wir sind mächtig und klug organisiert. ... Wir lassen euch von der Polizei entwaffnen, bevor wir euch selbst entgegentreten, nicht weil wir Angst vor euch haben (ihr könntet bestenfalls unser Mitleid erregen), sondern weil unser Blut zu wertvoll ist, als daß es im Kampf gegen minderwertigen feigen Pöbel vergossen werden könnte.<<

**Spanien:** Franco tritt im Jahre 1920 in die spanische Fremdenlegion ein.

**USA:** Bei den nordamerikanischen Präsidentenwahlen des Jahres 1920 wird der Demokrat Thomas W. Wilson deutlich geschlagen. Danach regieren bis 1933 nur noch Präsidenten der Republikanischen Partei.

Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford erläutert Anfang der zwanziger Jahre das "Amerikanische System" und fordert ein "ungehemmtes Wachstum" für die Industrie (x149/-52): >>Wie heißt der Leitgedanke der Industrie? Der wahre Leitgedanke heißt nicht Geldverdienen. Der industrielle Leitgedanke fordert die Schaffung einer nützlichen Idee und deren Vervielfältigung ins Vieltausendfache, bis sie allen zugute kommt.

Produzieren und immer mehr produzieren; ein System ersinnen, auf Grund dessen das Produzieren zu einer hohen Kunst wird; die Produktion auf eine Basis stellen, die ein ungehemmtes Wachstum und den Bau immer zahlreichere Werkstätten, die Hervorbringung immer zahlreicherer nützlicher Dinge ermöglicht – das ist der wahre industrielle Leitgedanke. ...

Wir lehren Kinder, ihr Geld zu sparen. Als Mittel gegen gedankenloses und egoistisches Geldausgeben ist das von Wert. Positiven Wert hat es nicht; es führt das Kind nicht auf die sicheren, gesunden Wege nützlichen Selbstaudrucks und Selbstverbrauchs. Es ist besser, das Kind zu lehren, sein Geld anzulegen und zu verbrauchen, als zu sparen. ...

Das Prinzip des richtigen Verbrauchs ist die einzig untrügliche Richtschnur. Verbrauch ist positiv, aktiv, lebensspendend. Verbrauch ist lebendig. Verbrauch erhöht die Summe alles Guten. ...<<

Der nordamerikanische Großindustrielle Henry Ford veröffentlicht im Jahre 1920 das antisemitische Buch "The International Jew".

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtet später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über den Antisemitismus in den USA (x318/52-53): >>... Die nordamerikanische Republik ist vor allem eines der Länder, das am meisten zur Verbreitung eines Motivs beiträgt, das später in der ideologischen Vorbereitung der "Endlösung" eine fatale Rolle spielen wird. Schon vor den Naziideologen und –agitatoren ist die These von einer geheimen jüdischen Steuerung der revolutionären Bewegung, die den Westen erschüttert, den US-Ideologen der white supremacy geläufig. Madison Grant unterstreicht die "semitische Führung" des "Bolschewismus", und Lothrop Stoddard brandmarkt das "bolschewistische Regime Sowjetrußlands" als "weitgehend jüdisch".

Doch in diesem Zusammenhang sollte unsere Aufmerksamkeit besonders der Figur von Henry Ford gelten. Sofort nach dem Oktober 1917 bemüht sich der Magnat der Autoindustrie darum, die bolschewistische Revolution als das Resultat eines jüdischen Komplotts zu denunzieren, und gründet 1919 zu diesem Zweck eine in hoher Auflage gedruckte Zeitschrift, den Dearborn Independent. Die dort abgedruckten Artikel werden im November 1920 in Buchform mit dem Titel "Der internationale Jude" veröffentlicht, das sofort zum Bezugspunkt für den internationalen Antisemitismus wird.

Dort kann man Thesen nachlesen, die eine zentrale Rolle innerhalb der Naziideologie spielen "die russische Revolution ist rassischen (jüdischen), nicht politischen Ursprunges", sie bediente sich humanitärer und sozialistischer Schlagworte, bringe in Wirklichkeit aber ein "rassisches Weltherrschaftsstreben" zum Ausdruck. Fords Buch trägt außerdem stark dazu bei, den – im Umkreis der zaristischen Geheimpolizei gefälschten und 1903 zuerst in St. Petersburg auf russisch veröffentlichten – Protokollen der Weisen von Zion Glaubwürdigkeit und Verbreitung zu verschaffen.

Später werden prominente Nazibonzen wie Baldur von Schirach und sogar Heinrich Himmler erklären, von Ford inspiriert worden oder von ihm ausgegangen zu sein. Besonders Himmler behauptet, erst nach der Lektüre des Buches von Henry Ford "die ganze Gefährlichkeit des Judentums" erkannt zu haben: "Es war für uns Nationalsozialisten die Offenbarung". Darauf folgte die Lektüre der Protokolle. "Diese beiden Bücher wiesen uns den Weg, den wir zu beschreiten hatten, um die gequälte Menschheit von dem größten Feinde aller Zeiten, dem internationalen Juden, zu befreien".

Im übrigen hätte – nach Himmler – das Buch von Ford zusammen mit den Protokollen sowohl für seine als auch für die Formierung des Führers eine "ausschlaggebende" Rolle gespielt. Sicher ist, daß "Der Internationale Jude" im Dritten Reich weiterhin mit großen Ehren und mit Vorworten veröffentlicht wird, die das entscheidende historische Verdienst des amerikanischen Autors und Industriellen hinsichtlich der Klärung der "Judenfrage" hervorheben und eine Art Kontinuität von Henry Ford zu Adolf Hitler herausstreichen. ...<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtet später (am 29. Juli 2008) über den US-Unternehmer Henry Ford: >>**Henry Ford und die Nazis Der Diktator von Detroit**

**Unternehmer, Wohltäter - und Hitlers Vorbild:** Der amerikanische Autofabrikant Henry Ford revolutionierte nicht nur die Fließbandproduktion, mit seinen antijüdischen Thesen inspirierte er auch den deutschen Diktator - und erhielt dafür 1938 eine besondere Auszeichnung der Nazis. ...

Gute Beziehungen zu Deutschland pflegte Henry Ford schon seit den zwanziger und dreißiger Jahren, als seine Firma mit General Motors um den lukrativen deutschen Markt konkurrierte. Hitler selbst bewunderte die amerikanische Art der Massenproduktion, und besonders bewunderte er Henry Ford, der ihm mit seinen antisemitischen Schriften eine Inspiration war, wie er 1931 einem Reporter aus Detroit erzählte. Der spätere Reichskanzler hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein Porträt des Fabrikanten neben seinen Schreibtisch gehängt.

#### **Antisemitische Thesen**

Henry Ford lenkte die Ford Motor Company von Anfang an wie ein Diktator. Es war wohl dieser Führungsstil, der 1928 die "New York Times" veranlasste, ihn als "Mussolini of Highland Park" zu bezeichnen. So war Ford vielleicht ein Wohltäter - aber mit eigenem Überwachungsstaat.

Ford gebar sich indes nicht nur wie ein Diktator, wie Hitler war auch er ein überzeugter Antisemit. Ausdruck dessen: der "Dearborn Independent", eine Zeitung, die Ford von 1919 bis 1927 herausgab. In seinen Artikeln unterstellte der Autor "den Juden" beispielsweise Faulheit und Raffgier: "Mehr als jede andere Rasse zeigt er (der Jude - Anm. d. Red.) eine ausgeprägte Abneigung gegen körperliche gewerbliche Arbeit, gleicht dies durch seine ebenso entschiedene Eignung zum Handel aus." Mehrere gerichtliche Klagen gegen solche Inhalte zwangen Ford schließlich, die Zeitung einzustellen.

1920 veröffentlichte Ford mit seinem Buch "The International Jew: The World's Problem" eine Sammlung antisemitischer Pamphlete, die zuvor im "Dearborn Independent" erschienen waren. Die These des Buchs lautete, das "Weltjudentum" habe sich zusammengeschlossen, um mit Hilfe seiner Macht im Wirtschaftssektor die Weltherrschaft zu erlangen.

Hitler hatte das Buch bereits in den zwanziger Jahren gelesen und bezeichnete es als große Inspiration. Die 1921 erschienene deutsche Übersetzung war später in NSDAP-Kreisen äußerst beliebt. Im gleichen Jahr finanzierte Ford auch die Übersetzung und Veröffentlichung der "Protokolle der Weisen von Zion" in den USA. Die Sammlung fiktiver Protokolle, die eine Weltverschwörung des "internationalen Judentums" beweisen sollten, ist die wahrscheinlich erste weitverbreitete Verschwörungstheorie. ...<<

Der nordamerikanische Journalist und Schriftsteller John Reed (1887-1920, der seit 1917 als Augenzeuge über die russische Revolution berichtet) schreibt im Jahre 1920 über Stalin (x080/135): >>Er ist kein Intellektueller wie die anderen Männer, denen man hier begegnet. Er ist nicht einmal besonders gut informiert, aber er weiß, was er will. Er besitzt eine starke Willenskraft, und er wird eines Tages ganz oben sein. ...<<

**China:** Ein Erdbeben in Kansu fordert im Jahre 1920 etwa 80.000 Todesopfer (x175/60).



## 1921

Fanatismus ist die einzige Willensstärke, zu der auch die Schwachen gebracht werden können.

*Friedrich Nietzsche (1844-1900, deutscher Philosoph und Dichter)*

### 24.01.1921

**Frankreich, Deutsches Reich:** Während der Konferenz von Paris (24.-29.01.1921) fordern die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten (eine unveränderliche feste Hauptsumme von 226 Milliarden und eine veränderliche Nebensumme von 43 Milliarden Goldmark). Ferner verlangt man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85).

Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagiert das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtet später über die nach dem Ersten Weltkrieg zu zahlenden Reparationen (x286/41-42): >>... Womit hätten die Deutschen zahlen sollen? Nachdem ihnen Land und der Rest ihrer Schätze (Gold war im Krieg draufgegangen) genommen waren, konnten sie nur mit Hilfe von Waren leisten. Diese Waren aber wollten die Alliierten nicht abnehmen.

Deutschland hatte - wie immer – eine passive Handelsbilanz (importierte also mehr als es exportieren konnte). Wie sollte es aus einem Überschuß seine Schulden tilgen?

Der englische Ökonom John Maynard Keynes erkannte mit seinem in Cambridge und mit langer Lektüre der "Times" geschulten Intellekt, daß das nicht funktionieren konnte. Er wurde als Berater des englischen Schatzamtes Mitglied der Friedensdelegation und schrieb 1919 ein Buch über die "Wirtschaftlichen Folgen des Friedens". Sein Gedanke "Deutschland kann nicht bezahlen, da die Sieger ihm verwehren, Überschüsse zu erwirtschaften". Mit dem Buch wurde Keynes weltberühmt – ein Beweis, daß gesunder Menschenverstand damals noch in Ehren stand. Genutzt hat es nichts.

Die deutschen Reparationen wurden 1920 auf 226,4 Milliarden Goldmark festgesetzt. Das war 36mal soviel, wie die Deutschen im letzten großen Krieg, den gegen Frankreich 1871, als Kontribution kassiert hatten. ...

1921 wurden die Deutschen angewiesen, über 42 Jahre hin zu zahlen, und zwar in steigender Summe. Pro Jahr war das nun eine erträglichere Zahl. Aber der Denkfehler war der gleiche:

Deutschland konnte nicht zahlen, da es nichts hatte und es ihm verwehrt war, Geld zur Zahlung zu verdienen. Der Zahlmeister war gar keiner.

Es bleibt bis heute ein Rätsel, wieso das mit den Reparationen niemand früher durchschaut hatte. Immer hatte Deutschland mehr importiert als exportiert:

1900 war das Verhältnis Export zu Import: 4,6 zu 5,8 Milliarden, 1905: 5,7 zu 7,1 Milliarden, 1910: 7,5 zu 8,9 Milliarden. Nur 1913 glich sich die Handelsbilanz beinahe aus. Deutschland exportierte für 10,097 Milliarden und importierte für 10,770 Milliarden Mark. ...<<

### Januar 1921

**Deutsches Reich:** Die Inflation führt zu einer dramatischen Entwertung der deutschen Währung. Im Januar 1921 beträgt der Wertverlust gegenüber 1914 bereits 93,5 % (x149/42).